

KATJA NAGEL

**Die Provinz in Bewegung**

Studentenunruhen in Heidelberg 1967–1973

2009

Edition Guderjahn  
verlag regionalkultur

Zur Autorin:

Katja Nagel, geb. 1973, studierte an der Heidelberger Universität Anglistik, Germanistik und Geschichte. Magisterexamen in den Hauptfächern Germanistik und Geschichte (2002). Die vorliegende Arbeit wurde durch ein 2 1/2-jähriges Promotionsstipendium der Stadt-Heidelberg-Stiftung gefördert und im WS 2008/09 an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation angenommen. Zu ihren wissenschaftlichen Interessen gehören die Geschichte der Stadt Heidelberg, deutsche Geschichte im 20. Jh. und die internationalen Protestbewegungen.

Buchreihe der Stadt Heidelberg, XIII

Im Auftrag der Stadt Heidelberg  
herausgegeben von Peter Blum

ISBN 978-3-89735-598-9

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Titelbild:

19. Juni 1970: Demonstration aus Anlass der im Europäischen Hof tagenden „Internationalen Konferenz für Entwicklungshilfe“ (Foto: STAHD).

Umschlagrückseite:

30. Nov. 1967: Studentischer Protest gegen das Urteil des Berliner Landgerichts im Fall des Todesschützen Karl-Heinz Kurras. Gefordert wird die Freilassung des Berliner Kommune I-Mitglieds Fritz Teufel (Foto: STAHD).



Alle Rechte vorbehalten • Vervielfältigungen jeder Art nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags • Printed in Germany

© 2009 **verlag regionalkultur**

Heidelberg – Ubstadt-Weiher – Neustadt a.d. W. – Basel

Korrespondenzadresse:

Bahnhofstr. 2 • 76698 Ubstadt-Weiher • Telefon (07251) 36703-0 • Fax 36703-29 •  
e-mail: [kontakt@verlag-regionalkultur.de](mailto:kontakt@verlag-regionalkultur.de) • <http://www.verlag-regionalkultur.de>

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	15
1.1	Forschungsstand .....	20
1.2	Methodik .....	25
1.3	Quellen .....	29
2	Der Kampf um die Straße und die Heidelberger Stadtverwaltung .....	33
2.1	„Wir können das auch!“ Die Metropole als Vorbild für lokale Protestaktivitäten .....	33
2.2	„Trauer langt nicht mehr!“ Heidelbergs Reaktionen auf den Tod von Benno Ohnesorg .....	41
2.3	Der Erlass des „Demonstrationsverbots“ in der Hauptstraße aus Sicht des Heidelberger Stadtoberhauptes .....	50
2.4	Der Sechstagekrieg im Juni 1967, das Demonstrationsverbot in der Heidelberger Hauptstraße und der „Abschied“ des Heidelberger SDS von Israel .....	57
2.5	Wo darf in Heidelberg demonstriert werden? Studentische Proteste gegen das Demonstrationsverbot in der Heidelberger Hauptstraße .....	75
2.6	Durchsetzung des Demonstrationsrechts in der Heidelberger Hauptstraße auf dem Weg der begrenzten Regelverletzung? .....	87
2.7	Primat der Geschäftsinteressen? Reinhold Zundel korrigiert seine Position .....	95
3	Von der Straße in den Gerichtssaal .....	101
3.1	Die etablierte Demokratie wird herausgefordert .....	101
3.2	Die Heidelberger Debatte über die Grenzen der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit .....	114
3.3	„Herr Oberbürgermeister, was gedenken Sie als Repräsentant unserer demokratischen Ordnung zu tun, um unsere Bevölkerung vor diesem Terror zu schützen?“ .....	128
3.4	Die Justizkampagne der Heidelberger Sektion des SDS .....	157
3.5	„Strafjustiz – Dirne der Politik?“ .....	172
3.6	„Dem Gericht ein Schnippchen geschlagen“ – Phase Zwei der Justizkampagne der Heidelberger Sektion des SDS .....	182
3.7	„AStA-Polizeiaktion“ und „Stadthallenprozess“ .....	204

4	Die Heidelberger Studentenunruhen als Herausforderung für das Land Baden-Württemberg .....	227
4.1	Der „Große Wendepunkt“: Überregionale Reaktionen auf den „Heidelberger Winter“ .....	227
4.2	Eskalation durch Deeskalation? Die Vietnamdemonstration des Heidelberger SDS am 13. Dezember 1969 .....	245
4.3	Von der „sentimental-emotionalen Verweigerung“ zur „organisierten Verweigerungsrevolution“: Die „Agenten der Befreiungskriege der Dritten Welt“ tragen den Kampf in die Metropolen .....	261
4.4.	Importierter Hass – Die Heidelberger Desertionskampagne und die Solidarisierung mit dem „anderen Amerika“ .....	267
4.5	Die Gewaltfrage und der Übergang zum Aktionismus in Heidelberg .....	274
4.6	Eskalation der Gewalt. Die Heidelberger „McNamara-Demonstration“ im Juni 1970 .....	281
4.7	Nachträgliche Legitimation des SDS-Verbots? Der Heidelberger „Demonstrationsprozess“ .....	303
5	Semper Apertus? Der Kampf um die Meinungs- und Diskussionsfreiheit an der Heidelberger Universität .....	309
5.1	Hat der AStA ein politisches Mandat? Reaktionen auf den „Polk-Brief“ .....	309
5.2	Wie viel Dissens ist in der Universität erlaubt? Der Fall Brückner .....	323
5.3	„Die Eier vom Anzug geschabt.“ Lehrfreiheit beeinträchtigt, Lernfreiheit beschränkt? .....	339
6	Schlussbetrachtung .....	363
7	Zusammenfassung .....	377
8	Anhang .....	385
8.1	Abkürzungsverzeichnis .....	385
8.2	Chronologie der Heidelberger Studentenunruhen (1967–73) ...	387
9	Quellen- und Literaturverzeichnis .....	423
9.1	Ungedruckte Quellen .....	423
9.2	Gedruckte Quellen .....	425
9.2.1	Periodika .....	425
9.2.2	Literarische Quellen .....	425

9.2.3	Verzeichnisse, Handbücher etc. ....	425
9.2.4	Editionen, Erinnerungen, zeitgenössische Literatur ...	426
9.3	Literatur .....	432
10	Personenregister .....	441

## 2 Der Kampf um die Straße und die Heidelberger Stadtverwaltung

### 2.1 „Wir können das auch!“ Die Metropole als Vorbild für lokale Protestaktivitäten

Die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik hatte sich bereits durch die am 1. Dezember 1966 erfolgte Bildung der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger entscheidend verändert. Nachdem der damalige Innenminister Gerhard Schröder im Jahr 1958 von einer notwendigen Grundgesetzesänderung gesprochen hatte, um den „Staat in der Stunde der Not“ auch im Inneren wehrhaft zu machen,<sup>1</sup> wurde im Jahr 1967 von der Großen Koalition aus Union und SPD der dritte Entwurf für eine Notstandsverfassung vorgelegt. Nicht zuletzt das Fehlen einer wirksamen parlamentarischen Opposition auf Grund der Koalition der beiden großen Volksparteien und schließlich der Einzug der rechtsextremistischen Nationaldemokratischen Partei (NPD) in mehrere Landtage hatte auch bei der akademischen Jugend die Sorge geweckt, dass es in naher Zukunft zu der von Johannes Agnoli und Peter Brückner angesprochenen „Transformation der Demokratie“<sup>2</sup> kommen könnte. Die Pläne für eine Notstandsverfassung ließen viele befürchten, dass ein neuer autoritärer Einparteiensstaat den „totalen Notstandsstaat“<sup>3</sup> nicht erst in der Ausnahmesituation, sondern bereits durch die Verfassungsänderung realisieren werde. Durch die vom Philosophen Karl Jaspers gestellte Frage „Wohin treibt die Bundesrepublik?“<sup>4</sup> und die von Studierenden getragenen Protestkundgebungen wurde in der Öffentlichkeit schließlich eine intensive Verfassungsdebatte angeregt, die im Jahr 1949 versäumt worden war. Waren bereits die Pläne über die Einführung der Notstandsgesetze<sup>5</sup> vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) als Teil eines umfassenden Prozesses interpretiert worden, in dem die im Grundgesetz verankerten Rechte von den herrschenden Machteliten ausgehebelt werden sollten, so bot insbesondere das für die Bundesrepublik entscheidende Datum des 2. Juni 1967 dem SDS eine neue Gelegenheit, die von ihm beanspruchte situative Deutungsmacht zu erproben.

1 Seifert, Jürgen: Der Kampf um die Notstandsgesetzgebung und die antiautoritäre Bewegung. In: Schubert (1999), S. 99–116, hier: S. 100.

2 Agnoli, Johannes/Brückner, Peter: Die Transformation der Demokratie. Berlin 1967.

3 Seifert (1999), S. 107.

4 Jaspers, Karl: Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen – Gefahren – Chancen. München 1966.

5 Vgl. zu der gesellschaftspolitischen Debatte über die Notstandsgesetze: Schneider, Michael: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze. Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest 1958–1968. Bonn 1986.

Der 2. Juni 1967, der den Beginn eines breiten Mobilisierungsprozesses markiert und die Campus-Revolte von West-Berlin auf Westdeutschland übergreifen ließ, wurde vom SDS nicht als unkontrollierte Handlung eines überreagierenden Polizeibeamten gedeutet, sondern vielmehr als ein mit den Notstandsgesetzen unmittelbar zu verknüpfendes Ereignis.<sup>6</sup> Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg wurde als Vorwegnahme der durch die Verfassungsänderung geschaffenen Realität des „Notstandsstaates“ interpretiert und als eindeutiges Zeichen dafür angesehen, dass der SDS die aktuelle Situation in der Bundesrepublik treffend charakterisierte, nämlich eine durch die Notstandsgesetze geplante, systematische Einschränkung freiheitlich-demokratischer Rechte.

Ganz auf der Linie des SDS der Bundesebene verfasste die SDS Hochschulgruppe Heidelberg als Reaktion auf den Tod des Berliner Kommilitonen ein Flugblatt „Notwehr oder politischer Mord“, in der sie das Verhalten der Bundesregierung, der Polizei und des Senats der Stadt Berlin scharf kritisierte. Der Tod eines Germanistikstudenten der Freien Universität, der durch eine Kugel aus der Dienstwaffe des Polizeibeamten Karl-Heinz Kurras tödlich verletzt worden war, zeige deutlich, dass die Staatsgewalt den Empfang des „persischen Diktators“ zu einer „blutigen Abrechnung mit den Studenten“<sup>7</sup> umfunktioniert habe. Berliner Studenten sprachen sogar von einem „paramilitärischen, für jeden Zuschauer als geplant erkennbaren Polizeieinsatz gegen eine demonstrierende Minderheit“.<sup>8</sup> In einem Appell eines studentischen Konvents an die Freie Universität Berlin (FU) war die Rede von „Terror“, der von legalisierten Organen der Exekutive ausgeübt werde und der zum Thema intensiver studentischer Debatten gemacht werden müsse. Von der akademischen Verwaltung und dem eigenen Rektor erhoffe man sich, so die Aussage eines Berliner Zeitzeugen, „Schutz vor weiteren Mißhandlungen“.<sup>9</sup>

Vom Heidelberger SDS wurde das Verhalten der Funktionsträger Berlins dahingehend gedeutet, dass die Exekutive demokratische und rechtsstaatliche Formen der Konfliktbewältigung ersetzt habe durch die gewaltsame Unterdrückung unerwünschter politischer Meinungen, wie die Missfallensbekundungen der Berliner Studenten gegenüber dem mit „höfischen Glanz“<sup>10</sup> empfangenen per-

6 Nevermann, Knut/Verband Deutscher Studentenschaften (Hrsg.): Der 2. Juni 1967. Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anlässlich des Schahbesuchs. Köln 1967.

7 UAH, SDS FB 1.1 1967–69, „Notwehr oder politischer Mord“, SDS Hochschulgruppe Heidelberg, 4. Juni 1967.

8 Bergmann/Dutschke/Lefèvre/Rabehl (1968), S. 30f.

9 Ebd.

10 Selbst die von der studentischen Linken als unkritisch gegenüber der Politik der Bundesregierung wahrgenommene RNZ konstatierte einige „Fehlleistungen des Berliner Protokolls“ im Zusammenhang mit dem Empfang des persischen Kaiserpaars. Vgl. Vernunft und Würde. In: RNZ vom 6. Juni 1967, S. 2: „Man konnte sich zuweilen des Eindrucks nicht erwehren, dass gelegentlich des Guten etwas zuviel getan wurde. (...) Aber wir sollten weder einen

sischen Kaiserpaar. So lautete eine Antwort des Heidelberger SDS auf die selbst gestellte Frage, ob der Fall Ohnesorg als „politischer Mord“ aufgefasst werden müsse: „Jetzt haben sie sich endgültig als unfähig erweisen können, in Formen demokratischer Rechtsstaatlichkeit mit divergierenden politischen Meinungsäußerungen umzugehen.“<sup>11</sup>

Allerdings war die Interpretation des 2. Juni als ein Symptom für die Herausbildung eines autoritären Staates und eines präfaschistischen Systems in der Öffentlichkeit überaus umstritten. So kritisierten zahlreiche Politiker, Universitätsangehörige, Kirchenvertreter und Publikationsorgane der Bundesrepublik die oft inflationären und ihrer Ansicht nach unangemessenen Vergleiche des SDS mit den politischen Verhältnissen im Dritten Reich. Sie beteiligten sich damit an einer durch die Deutung der Neuen Linken ausgelösten Kontroverse über die Rückkehr eines autoritären Staates. Ausgehend von Horkheimers Theorem des autoritären Staates<sup>12</sup> und Adornos sozialpsychologischer Kategorie der autoritären Persönlichkeit<sup>13</sup> vertrat der SDS die Auffassung, dass die bundesrepublikanische Demokratie durch das Fortwirken ehemaliger Nationalsozialisten in allen Bereichen der Gesellschaft bedroht sei. Dementsprechend wurden vehemente Reaktionen von Seiten des „Establishments“, von Polizei, Presseorganen und aufgebrachtten Bürgern auf die Protestbewegung oftmals als eine Bestätigung dafür angesehen, dass die Rückkehr zu einem autoritären Staat und repressiven Formen des Vorgehens gegen die politische Opposition unmittelbar bevorstehe.

Durch die Vorgaben der internationalen und nationalen Studentenbewegung sensibilisiert, konnte es lediglich eine Frage der Zeit sein, wann die erhöhte Wachsamkeit auch der Heidelberger Studenten gegenüber autoritären Persönlichkeiten in konkrete Aktionen umschlagen musste. Das Gebot der Stunde konnte nur lauten, die Analysen und praktischen Erfahrungen der überregionalen Bewegung auf die lokale Ebene zu übertragen und das Verhalten der Funktionsträger der eigenen Stadt auf Repressionstendenzen hin zu überprüfen. Bereits im Jahr 1967 wurde man auch in Heidelberg fündig. In Gestalt des Oberbürgermeisters der Stadt Heidelberg schien man einen „Radikalen im öffentlichen Dienst“,<sup>14</sup> einen

Neowillhelminismus nähren noch in die Märchenwelt von Tausendundeineacht ausweichen, so sehr Lieschen Müller diese Illustrierten-Romantik auch schätzt.“

11 UAH, SDS FB 1.1 1967-69, „Notwehr oder politischer Mord“, SDS Hochschulgruppe Heidelberg, 4. Juni 1967.

12 Horkheimer, Max: Autoritärer Staat. Die Juden und Europa. Vernunft und Selbsterhaltung. Aufsätze 1939-1941. Amsterdam 1967.

13 Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt 1995; Albrecht, Clemens u.a.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule. Frankfurt/Main – New York 1999; Schoeller, Wilfried (Hrsg.): Die neue Linke nach Adorno. München 1969.

14 Buselmeier, Michael: Zundel – Ein Nachruf zu Lebzeiten. In: Heidelberger Blätter für Politik und Kultur, Nr. 3, 2. Quartal 1990, S. 6.



„Technokraten und Volkstribun“<sup>15</sup> gefunden zu haben, dessen Motto der Satz zu sein schien „Die Stadt, das bin ich“. Reinhold Zundel, seit 1966 amtierender SPD-Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, wehrte sich zwar entschieden und notfalls auch vor Gericht gegen den Vorwurf der Radikalität, zum Erstaunen studentischer Provokateure aber nicht gegen die Bezeichnung „Technokrat“. Dies sei für ihn kein Schimpfwort.<sup>16</sup>

Provokative und hintergründige Selbstaussagen des Oberbürgermeisters waren durchaus keine Seltenheit. Dass seine „Selbstbekenntnisse“, etwa in Interviews oder in Stellungnahmen in den Heidelberger Zeitungen, dabei oftmals missverstanden und von den meist jugendlichen Oppositionellen als Belege einer besonders unverfrorenen Art des „outens“ als „rüder Ordnungspolitiker“<sup>17</sup> verbucht wurden, störte ihn dabei nur wenig. Es scheint für den nachgeborenen Betrachter in vielen Fällen eher so, als habe Zundel seine studentischen Kritiker oftmals mit ihren eigenen provokativen Waffen zu schlagen versucht. Und dies durchaus nicht ohne Erfolg.

Wie ein Gespräch mit dem ehemaligen engen Mitarbeiter des Oberbürgermeisters, Dieter Bächstädt, ergab, hat sich Zundel von den Angriffen gegen seine Politik und den Provokationen der jungen Oppositionellen zu keinem Zeitpunkt einschüchtern lassen.<sup>18</sup> So sei er unter keinen Umständen bereit gewesen, um Konflikte zu vermeiden – etwa durch das Abhalten von Veranstaltungen mit unpopulären Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – den eigenen Handlungsspielraum präventiv und freiwillig einzuschränken. Dies hätte, so sein ehemaliger Weggefährte in der unruhigen Heidelberger Zeit, seiner Grundhaltung und vor allem seinem Verständnis von persönlicher Freiheit zutiefst widersprochen. Daher hielt er es für sinnvoll, um die eigene Position auch gegenüber seinen schärfsten Kritikern deutlich zu machen, scharfe Kritik immer wieder einmal mit provokanten Repliken zu beantworten. Von seinen Widersachern erwartete er, dass sie sich zumindest die Mühe machten, sich zu fragen, wie er eine bestimmte Äußerung, etwa sein „Selbstbekenntnis“ als Technokrat, verstanden wissen wollte. Denn seine Selbstbezeichnung als „Technokrat“ war nicht als Plädoyer für einen seelenlosen Umgang mit Verwaltungsvorschriften und das Eintreten für eine Behandlung des Rechts als reine Formalie aufzufassen, wie zahlreiche öffentliche Stellungnahmen des Juristen und ehemaligen Richters belegen. Besonders in zwei Festschrift-Aufsätzen,<sup>19</sup> die die Kommunale im Jahr 1984 in

15 Ebd.

16 Wörtlich habe Zundel, so die Junge Union, in einer Presseverlautbarung erklärt: „Ich bekenne mich gerne dazu, ein Technokrat zu sein.“ Vgl. Junge Union im Rathaus: Zundel lobt die CDU. In: Heidelberger Rundschau vom 4. Dez. 1975.

17 Bildunterschrift in der Kommunale vom 9. Aug. 1984.

18 Interview mit dem ehemaligen engen Mitarbeiter des Heidelberger Oberbürgermeisters, Dieter Bächstädt, 7. Febr. 2005.

19 Zundel, Reinhold: Gedanken zum Freiheitsbegriff. In: Kommunale vom 12. Jan. 1984 sowie Zundel, Reinhold: In dubio pro libertate. Gedanken zum Freiheitsbegriff in der Bundesrepublik. In: Schwebler, Robert/Föhrenbach, Walter (Hrsg.): Jahre der Wende. Festgabe für Alex

Auszügen abdruckte, entwickelte Reinhold Zundel ausführlich sein Verständnis von Recht, Ordnung und Freiheit aus der Sicht des Juristen. Zundel diskutierte hier u.a. die Frage, inwiefern das Recht als Voraussetzung für Freiheit zu verstehen sei. Zudem gab er in seinem Aufsatz aus dem Jahr 1978 in aller Deutlichkeit zu verstehen, dass die in der Bundesrepublik hitzig diskutierte Option, ob man „begrenzte Regelverletzungen“ als Mittel der jugendlichen „Freiheitskämpfer“ tolerieren oder gar legalisieren solle, für ihn von Anfang an indiskutabel gewesen sei: „Wer die Rechte anderer verletzt, wer die ‚Regeln‘ glaubt verletzen zu können und sich dabei auf ‚seine Freiheit‘ beruft, der handelt nicht nur rechtswidrig, er handelt falsch.“<sup>20</sup>

Aber gerade die Behandlung des Rechts als reine Formalie und den Einsatz von „law and order“ nach der Art eines Sheriffs<sup>21</sup> unterstellten die jugendlichen Oppositionellen der überregionalen Ebene von Anfang an den „Systemvertretern“, und so geriet auch Reinhold Zundel als „Vertreter des Establishments“ ins Kreuzfeuer der Kritik, eben als Vertreter eines angeblich formalen Rechtsverständnisses und einer bundesrepublikanischen Demokratie, die in den Augen der Außerparlamentarischen Opposition nur auf dem Papier existierte. Die überregionale Revolte der bewegten Jugend gegen ein vermeintliches Bündnis der etablierten Scheindemokraten und eine Koalition der Ungerührten kam auch in Heidelberg an. Sie richtete sich oft mit derselben Kritik gegen die lokalen Vertreter eines angeblich repressiven und zutiefst undemokratischen Systems. Der Zorn auf die Gegenwart und die Hoffnung auf eine bessere Welt drängten auch in Heidelberg die Aktivisten zur Tat. Sie wollten nicht länger schweigen, sondern handeln. Ein ehemaliger Heidelberger Student beschrieb die damalige Ausgangssituation so: „Universität, Stadtverwaltung, Ministerien und Presse reagierten kläglich auf das, was uns interessierte: die Verbrechen in Vietnam, die Ausbeutung der Dritten Welt, die unbewältigte Nazi-Vergangenheit und die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Überrascht, ungläubig und mit erbittertem Zorn nahmen wir dieses moralische und intellektuelle Vakuum zur Kenntnis. (...) Uns – vor kurzem noch schüchterne Jünglinge und Mädchen – fielen plötzlich Aufgaben, Rollen, politische Möglichkeiten zu, die wir nicht erwartet und nicht verlangt hatten, die uns bald überforderten und die wir doch mit trotzigem Triumph wahrnahmen. Gleichviel, es war eine Zeit der Hoffnung.“<sup>22</sup>

Möller zum 65. Geburtstag. Karlsruhe 1968, S. 175–80; Zundel, Reinhold: In dubio pro libertate – II – Bilanz der Freiheitspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. In: Schwebler, Robert (Hrsg.): Jahre der Wende, 1968–1978. Bestandsaufnahme eines Jahrzehnts. Festgabe zu Alex Möllers 75. Geburtstag. Karlsruhe 1978, S. 115–24.

20 Zundel (1978), S. 124.

21 So wurde Reinhold Zundel in Heidelberger Zeitungen nicht nur als „Provinzstadt-Nixon“ (Heidelberger Rundschau vom 4. Dez. 1975), sondern auch mehrfach als „Sheriff“ (Heidelberger Rundschau vom 8. Jan. 1976) oder „John Wayne von Heidelberg“ (Communale vom 16. Aug. 1984) bezeichnet.

22 Breger, Herbert: Heidelberger Impressionen 1968. In: Buselmeier (1985), S. 415.